

**Interpellation Gartmann-Mels / Hartmann-Walenstadt:
«Mitsprache bei Behördenlöhnen nur für die Galerie?»**

Art. 123b des Gemeindegesetzes (sGS 151.2) besagt: «Der Rat veröffentlicht die Besoldung der von der Bürgerschaft gewählten Behördemitglieder nach Ablauf des Rechnungsjahrs im Geschäftsbericht, soweit die Bürgerschaft nicht auf andere geeignete Weise informiert wird.» Dieser Artikel ist seit dem 1. Januar 2022 in Kraft und hat seit der erstmaligen Veröffentlichung dieser Besoldung im letzten Jahr in einigen Gemeinden zu Diskussionen und sogar Anträgen nach Art. 45 Abs. 3 des Gemeindegesetzes geführt.

In den uns bekannten Fällen wurden diese Anträge vorschnell und reflexartig als «nicht rechtmässig» taxiert. Dennoch wurde an den Bürgerversammlungen über diese Anträge abgestimmt – was eigentlich Art. 46 des Gemeindegesetzes widerspräche – und sie wurden vom Bürger angenommen.

Seitens Behörde wird argumentiert, dass die Behörde an ihrer Konstituierungssitzung die Besoldung festlegt und mit dem ersten Budget zu Beginn der Legislatur dem Bürger offenlegt. Sobald das Budget genehmigt sei, seien diese Ansätze als gebundene Ausgaben anzusehen.

Somit wäre Art. 123b des Gemeindegesetzes für die Galerie. Entstanden ist dieser Gesetzesartikel in der parlamentarischen Diskussion der Einheitsinitiative «Behördenlöhne vors Volk», über welche am 9. Februar 2020 abgestimmt wurde.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat der Bürger wirklich keine Möglichkeit, die «Besoldungsansätze», welche von der Behörde an der Konstituierungssitzung festgelegt und mit dem ersten Budget der Legislatur genehmigt werden und somit als gebundene Ausgabe gelten, im Laufe der Legislatur zu ändern? Falls Möglichkeiten bestehen, welche wären diese?
2. Hat der Bürger die Möglichkeit, den Betrag, welcher für die Tätigkeit der Behördemitglieder im Budget eingestellt ist, zu ändern (ohne dass damit die Besoldungsansätze korrigiert werden)?»

14. Juni 2023

Gartmann-Mels
Hartmann-Walenstadt